„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. Mai 1926 | 12 Seiten | Nummer 28

Saskatchewan und Quebec

Premier Gardiner für nationale Einigkeit und Duldsamkeit

Der Westen mit seinen verschiedenen Nationalitäten als Lehrmeister des Ostens.

Hon. J. G. Gardiner, der Premier von Saskatchewan, nahm in einer kürzlich gehaltenen öffentlichen Ansprache auf die Rassengegensätze und die politische Propaganda der Konservativen Bezug, welche schon unzählige Male erklärt hatten, daß die Franzosen von Quebec Canada beherrschen. Die Konservativen hätten die Liberalen aufgefordert, ihre Grundsätze aufzugeben und sich mit den Konservativen zusammenzuschließen, um die Herrschaft von Quebec zu stürzen. Nun ergehe der Ruf an die Liberalen von Quebec, sich den Konservativen anzuschließen, um die Provinz Saskatchewan daran zu hindern, das politische Leben Canadas zu beherrschen. Zum Schlusse sagte Premier Gardiner:

„Saskatchewan" hegt nicht den Wunsch, die canadische Politik zu beherrschen, aber wir wünschen, den Bürgern jeder anderen Provinz die Hände zu reichen, damit partikularistische Spaltungen in nationalen Fragen aus den Regierungsstellen entfernt werden.

„Es ist ganz natürlich, daß Saskatchewan diese Ansicht vertritt. Wir haben eine Bevölkerung, welche aus den vier Himmelsrichtungen zusammengekommen ist. Die ersten Ansiedler, welche die Grundlage für unsere Einrichtungen in Regierung, Erziehung und Religion legten, sind von Ontario, Quebec, den Seeprovinzen oder den britischen Inseln.

„Die meisten von uns haben lange genug im Westen gelebt, um die Vorurteile vergessen zu haben, welche im Osten lebendig gehalten werden. Viele von uns haben keine derartige Tradition hinter sich, die auf die Rassen- und Sektionskämpfe zurückführt, welche mit der canadischen Entwicklung verbunden waren. Jedenfalls sind wir bestrebt, Canada einen wirklichen Dienst erweisen zu können, weil wir zur Regelung der nationalen Fragen eine Gesinnung mitbringen, die nicht durch ein überkommenes Vorurteil beeinflußt ist.

„Wir haben infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Westens in den letzten Jahren mit einer neuen Schwierigkeit zu rechnen gehabt. Es lag zeitweise im Westen die ernste Gefahr vor, daß wir unsere Aufgabe verfehlen würden, indem wir an die Stelle des Vorurteils, das viele Jahre lang im Osten das nationale Wachstum verzögerte, im Westen die sektionale Verbitterung setzten. Diese Gefahr ist nun verstanden und wir nehmen schnell unseren Platz als die Schiedsrichter in nationalen Fragen ein.

„Die Wechselfälle des politischen Kampfes haben gezeigt, daß die Bevölkerung von Quebec ernstlich gewillt und bemüht ist, eine weitherzige nationale Auffassung einzunehmen. Aus diesem Grunde sind wir mit ihr vereint. Die Bevölkerung von Quebec hat in uns eine Provinz erkannt, die gewillt und bestrebt ist, ihre Ideale kennenzulernen und zu begreifen. Wir haben die Tatsache schätzen gelernt, daß bei der Verbindung der einen Nationalität mit der anderen etwas Gutes enthalten ist. Quebec erkennt schnell die ihm sympathischen Anschauungen unserer westlichen Bevölkerung und zögert nicht, da es in schöneren Lebenswerten geschult ist, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Westens zu verstehen. Treu dem französischen Geiste der Ritterlichkeit, ist es bereit, die ihm hingestreckte Freundschaftsband zu ergreifen und auf dem Altar der Einigkeit etwas von dem niederzulegen, was ihm auf Grund seiner gegenwärtigen zahlenmäßigen angesehenen Stellung gewinnbringend bringen konnte. Der Ausdruck dieser Geist der Toleranz, der die Regierung von Saskatchewan und der große Mehrheit seiner Bevölkerung veranlaßt hat, jede Diskussion hinsichtlich der Differenzen in unserer Bevölkerung, die zu Spaltungen führen konnten, zu ignorieren, macht sich heute in Canada wie nie zuvor bemerkbar. Engherzige Leute können das nicht verstehen. Canada findet sich auf sich selbst zurück und die jetzige Regierung wird sich in jeder Weise bemühen, nicht nur in provinzialen, sondern auch in nationalen Angelegenheiten die Einigkeit des Zieles weiter zu entwickeln."

Liberaler Kandidat für Rotuken, Sask.

Ponteix, Sask. — Alexander Grant, ein Farmer von Hillendale, wurde von den Liberalen des Rotuken-Wahlkreises als Kandidat für die kommende Ersatzwahl für die Provinziallegislatur aufgestellt. Der Sitz ist durch die Wahl von Geo. Spence, in das Unterhaus in Ottawa frei geworden. Jeder der 55 Wahllokale des Wahlkreises war vertreten. 104 Delegaten waren zugegen.

Deutschlands reichster Mann gestorben

Berlin, 15. Mai. — Prinz Christian Kraft zu Hohenlohe-Oehringen, das Haupt der Familie Hohenlohe, ist gestern auf seinem Gut in Ungarn gestorben. Er war 79 Jahre alt und galt als der reichste Mann in Deutschland. Der Prinz war ein vertrauter Freund von Bismarck und ein einflußreiches Mitglied des alten kaiserlichen Hofes. Sein Vermögen lag in Grundeigentum und industriellen Unternehmungen.

Prinz Christian hatte eine bemerkenswerte Laufbahn als Finanzmann und Sportsmann. Er gründete den Automobilklub von Deutschland. Im Krieg leitete er den Spionagedienst für Frankreich und andere Länder, mit Sitz in der Schweiz. In dem berühmten Spionageprozeß gegen Bolo Pascha, Pierre Lenoir und Louis Malvy wurde sein Name hervorragend erwähnt.

Fortdauer des britischen Kohlengräber-Streiks

Generalstreik geht langsam zu Ende

Verlust wird auf über $1,000,000,000 geschätzt.

London. — Der britische Generalstreik wurde am 12. Mai abgerufen. Als Vorbedingung für diesen Beschluß der Gewerkschaftskonferenz wurden zwischen deren Vertretern und der Regierung vereinbart:

1. Daß die Regierung die Subventionierung der Kohlenindustrie zeitweilig wieder aufnimmt.

2. Daß die Zechenbesitzer die gegen die Kohlengräber verfügte Arbeitssperre zurückziehen.

3. Daß eine Kommission eingesetzt werde, deren Aufgabe es sein soll, einen neuen Lohnvertrag für die Kohlengräber auszuarbeiten, unter der Bedingung, daß keine Lohnreduzierung erfolgen soll, ohne die Gewißheit, daß die von der Kgl. Kohlenkommission empfohlenen Maßnahmen zur Reorganisierung der Kohlenindustrie auch wirklich durchgeführt werden.

Ministerpräsident Baldwin gab die Aufhebung des Generalstreiks im Unterhause bekannt und erklärte, daß er und seine Kollegen sich bemühen werden, die durch den Streik unterbrochenen Verhandlungen zwischen den Kohlengräbern und Zechenbesitzern wieder in Gang zu bringen und zu trachten, die Beilegung der Streitfragen so bald wie nur möglich zu sichern. Der Premier fuhr dann fort:

„Ich möchte dieser Ankündigung an das Haus nur hinzufügen, daß das Zustandekommen des Friedens und des Sieges nicht irgendeinem Teil des Landes zugeschrieben werden könne, sondern daß es die Folge des Ueberwiegens des gesunden Menschenverstandes im ganzen Vereinigten Königreich war, und daß es für das britische Volk jetzt von der größten Wichtigkeit ist, nicht rückwärts zu schauen, sondern vorwärts zu blicken. Wir sollten unsere Arbeit im Geiste des Zusammenwirkens wieder aufnehmen und allen Haß und alle Rachsucht bannen."

Nach Erklärung des Sekretärs A. J. Cook des Kohlengräberverbandes wird der Streik der Kohlengräber fortdauern, bis hierüber von der Nationalkonferenz der Delegaten der Kohlengräber entschieden sein wird. Er sagte zu einem Vertreter der Assoziierten Presse, daß die Führer der Kohlengräber von ihrem Standpunkt keinen Zoll abgewichen sind.

Die Unternehmer versuchten, die am Generalstreik beteiligten Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern, indem sie die Forderung stellten, die Arbeiter hätten ihre Gewerkschaftskarten zerreißen, sich Lohnabzüge gefallen lassen und dagegen protestierten die Arbeiter, bis daß der Wiederaufbau tatsächlich einige Tage länger dauerte als ursprünglich gedacht war. Die Regierung übte jedoch einen Druck auf die Unternehmer aus und veranlaßte sie zum Einlenken; worauf allmählich die Streikenden auf ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Das englische Wirtschaftsleben ist infolgedessen wieder so ziemlich in Gang gekommen.

Nur die Bergarbeiter setzen ihren Streik fort und verlangen eine gründliche Neuregelung der Lage in der Kohlenindustrie. Der Führer Cook verurteilte schärf den allzu frühen Abbruch des Generalstreiks durch den Gewerkschaftskongreß.

Der Verlust der englischen Wirtschaft infolge des Generalstreiks wird auf ungefähr $1,000,000,000 geschätzt, doch wird wahrscheinlich der Schaden noch bedeutend größer sein, da die Wirkungen eines solchen riesigen Wirtschaftskampfes noch auf Monate hinaus fühlbar sein werden.

40 Verwundete bei einem Aufstand.

Die schwerste Störung bei dem Generalstreik war in Camden-Town, einem Teil von London. Ein Volkshaufe griff einen mit Freiwilligen bemannten Bus an. Nach einem Vertreter der Regierung kamen 40 Personen in Hospitäler, verschiedene sind in Haft. Auf einem Bahnhof wurde ein Polizist durch einen Revolverschuß verwundet, ein Kavallerist in den Rücken gestochen. In Birmingham wurde ein Mitglied des Streikrates verhaftet, weil er sagte, alle Spezial-Polizisten seien Verräter.

Deutsche Diktatur geplant?

Berlin, 15. Mai. — Die Polizei kündigt die Entdeckung von Plänen zur Errichtung einer deutschen Faschisten-Diktatur an, deren Ziel die Wiederherstellung des Hohenzollern-Reichs in erneuertem Glanz sein sollte. Nach ihrer Angabe entdeckte die Polizei eine Menge von Dokumenten, darunter einen genauen Plan für einen konzentrierten Angriff auf Berlin. Die Polizei nahm zahlreiche politische Führer wegen der Angelegenheit auf den Grund zu gehen. Ferner fand sie Schießwaffen und andere Beweise, um Präsident von Hindenburg nach Erlangung seines Rücktritts zum Diktator zu machen. Dawes-Plan und Locarno-Vertrag sollten beseitigt, der Versailler Vertrag zurückgewiesen und der „Militarismus" erneuert werden.

Die Verschwörer planten den Sturz der Verfassungen des Reiches und der Bundesstaaten durch bewaffnete Macht, die Auflösung aller Parlamente, die Hinrichtung der Gegner ohne Verhandlung, die Ausweisung der Juden aus Deutschland und die Beschlagnahme des Vermögens der letzteren.

Einer der Verschwörer soll auch mit dem früheren Kaiser und mit Hitler und anderen bayerischen Faschisten im feindlichen Verkehr gestanden haben.

Haussuchungen wurden bei folgenden Persönlichkeiten vorgenommen: Admiral von Schroeder; Major Hans von Ostenstern, Schriftleiter der „Deutschen Zeitung"; Dr. Heinrich Claus, Obmann des Alldeutschen Verbandes, und Oberst Nicolai.

Als Mitglieder der faschistischen Regierung sollen folgende Persönlichkeiten in Aussicht genommen gewesen sein:

Dr. Neumann, Bürgermeister von Lübeck, als Reichskanzler; General v. Moehl als Kriegsminister; Reichstagsabgeordneter Dr. Hugenberg als Schatzkanzler, und Baron von Lüning von Bonn als Nahrungsmitteldiktator.

Das canadische „Kriegsdenkmal"

Abg. Woodsworth, Winnipeg, über die hohen Ausgaben infolge des letzten Weltkrieges

Die Hälfte der canadischen Staatseinnahmen muß heute noch aufgewendet werden.

Ottawa. — Eine interessante Rede hielt im Unterhaus zu Ottawa der Arbeiterabgeordnete für Winnipeg North Centre, J. S. Woodsworth. Einleitend wies er darauf hin, daß der Finanzminister die dem letzten Krieg zu verdankenden Ausgaben auf $163,997,000 oder 17.83 Prozent angegeben habe. Man dürfe aber, meinte der Redner, gut 50 Prozent annehmen. Davon gehe die Hälfte auf Kosten der Zinsenlasten infolge des Krieges.

„Man sagt uns," so fuhr Woodsworth fort, „daß wir einige Kriegsdenkmäler brauchen. Ich möchte bemerken, daß wir in diesem hohen Betrag ein sehr imposantes Kriegsdenkmal haben und noch dazu eines, das sich als sehr dauerhaft erweisen wird. Trotz dieses hohen Betrages nehme ich wahr, daß für die sogenannte „nationale Verteidigung" heuer ein höherer Betrag festgesetzt ist im Vergleich zu jenem, der für die Zivilverwaltung in Betracht kommt. Ich weiß, daß einige Mitglieder in diesem Hause geneigt sind, uns zur Rechenschaft zu ziehen, weil wir von Zeit zu Zeit die Gelegenheit ergreifen, die Aufmerksamkeit der Regierung und des Landes auf die Notwendigkeit, die Kriegsausgaben zu beschneiden, und auf die Wertlosigkeit dieser Ausgaben hinzulenken. Ich kann dies Budget nicht annehmen, ohne zu betonen, daß wir die Hälfte unserer gesamten Einnahmen für Ausgaben verwenden, welche mit dem letzten Krieg zusammenhängen. Solange dieser Zustand fortbesteht, scheint es mir vollkommen gerechtfertigt zu sein, Maßnahmen zu besprechen, welche ein künftiges Ereignis dieser Art verhindern könnte."

Zur Tilgung der Kriegsschuld sollte nach Ansicht Woodsworth's eine Kapitalabgabe erhoben werden. Während des Krieges sei sehr wenig von der Kriegsschuld abgetragen worden, dafür habe man Schulden auf Schulden gehäuft. Das Ergebnis sei gewesen, daß gewisse Leute während des Krieges ihre Profite gemacht hätten. Der größere Teil der canadischen Schuld komme nicht Ausländern zu, sonst müßte man sie als internationale Schuld betrachten und sie folglich abzahlen, sondern man schulde das Kriegsgeld canadischen Bürgern. Ueber hundert Millionen Dollars müßten jedes Jahr aus der Masse der Canadier herausgepreßt werden, um damit die verhältnismäßig wenigen Leute zu bezahlen, welche unsere Kriegsschuldner seien. Die eine Gruppe von Canadiern zahle der anderen Gruppe einen Tribut. Dabei schlage er eine Kapitalsteuer vor.

Woodsworth kam auch auf den britischen Generalstreik zu sprechen und meinte, daß das, was in England vor sich gehe, auch den Canadiern viel zu denken gebe. In einem Zeitungsartikel werde die Meinung geäußert, die canadischen Arbeiter- und Farmerorganisationen sollten sich nicht in den Streik in Großbritannien einmischen. Es sei ganz gut, wenn man den Briten es überlassen wolle, ihre eigene Sache auszufechten. Er habe in einer früheren Diskussion über die Beziehungen innerhalb des britischen Reiches denselben Standpunkt vertreten. Ein anderer Abgeordneter habe damals gemeint, das würde das Reich auseinanderreißen. Er möchte daher erklärt wissen, wenn man die Regel hinsichtlich der Einmischung in britische Angelegenheiten auf einen Teil ausdehnen wolle, so müsse man dieselbe Regel auch auf alle anderen Fragen des britischen Reiches anwenden.

Eine Million deutsche Einwanderer gewünscht

Abgeordneter von Süd-Renfrew über das canadische Bevölkerungsproblem

Aus einer Rede im canadischen Unterhaus

Ottawa. — M. J. Malonen, der konservative Abgeordnete für Süd-Renfrew, kam in seiner Unterhausrede zum canadischen Budget auch auf die Einwanderung zu sprechen, wobei er eingangs auf die Tausende von canadischen Bürgern hinwies, welche in den letzten Jahren in die Ver. Staaten ausgewandert sind. Niemand könne übersehen, was die Rückkehr dieser Canadier für die Entwicklung des canadischen Wirtschaftslebens bedeute. Dann fuhr der Redner fort:

„Die Einwanderung kostet heute Canada viele Millionen, und was bekommen wir dafür? Würde es nicht klüger sein, wenn die Regierung etwas von diesem Gelde zu Hause verwenden würde, um jenen Jungen und Mädchen, die unsere canadischen Farmen verlassen müssen, zum Hierbleiben und zur erfolgreichen Betätigung in der Landwirtschaft zu verhelfen? Würde es nicht gut sein, wenn man sie anspornen würde, statt soviel Geld auf die andere Seite des Ozeans zu schicken, um eine Klasse von Einwanderern herüberzubringen, die nicht zum Besten der Dominion sind? Wenn wir unsere Jungen und Mädchen zurückgebracht haben, dann können wir im Laufe der Zeit, wenn wir ein wachsende Bevölkerung als notwendig erachten, unsere Vertreter in die verschiedenen Länder Europas schicken, nach Irland, England, Schottland und Wales schicken, um die beste Art von Einwanderern für dieses Land zu gewinnen. Ich möchte lieber hinüberschicken, welche ursprünglich aus diesen Ländern gekommen sind und hier, nachdem sie im Canada heranwachsen sind, seine Bedürfnisse wie seine Mängel kennen. Sie könnten ihren Leuten in der Heimat erklären, was sie von Canada zu erwarten hätten. Wenn diesen Männern dann die Erlaubnis gegeben würde, selbst die geeigneten Einwanderer für die Dominion auszuwählen, würde das Ergebnis gewiß sehr zum Vorteil dieses Landes sein. Ich würde dasselbe in Bezug auf Deutschland, Polen, Holland und Belgien tun. Heute gibt es in Holland viele, die gerne nach Canada kommen würden, wenn sie eine entsprechende Aufmunterung erhielten. Es gibt keinen besseren Farmer als den Holländer, und wenn wir eine Million Holländer in unserem Lande hätten, oder wenn wir eine Million Deutsche mehr von der Art, wie sie bei uns leben, hier hätten, oder eine weitere Million Polen, würde Canada in der Lage sein, Fortschritte zu machen."

Größere deutsche Armee gefordert

Genf, 17. Mai. — Morgen wird die erste Sitzung der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz hier stattfinden. Der Vertreter der deutschen Regierung, Graf Bernstorff, ehemaliger kaiserlicher Botschafter in Washington, wird laut Mitteilung die Forderung stellen, daß Deutschland von den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages befreit werde, um eine größere Armee zu schaffen, wenn die Nachbarstaaten, besonders aber Frankreich, sich weigern, ihre Rüstungen ebenso zu beschränken, wie es von Deutschland bereits geschehen ist.

Umsturz in Polen

Pilsudski setzt Regierung ab

Einnahme Warschaus. — Blutige Kämpfe.

Berlin, 17. Mai. — Nachrichten aus Warschau zufolge ist Marschall Pilsudski an der Spitze ihm anhänglicher Truppen in die polnische Hauptstadt eingerückt, in der sich zwischen dem loyal gebliebenen und dem aufrührerischen Militär Straßenkämpfe abspielten, wobei viele Leute getötet oder verwundet wurden.

Premier Witos, der am Dienstag an die Spitze eines neuen Kabinetts trat, teilte mit, daß die Regierung alle nötigen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutz der polnischen Hauptstadt gegen einen möglichen Angriff seitens revolutionierender Soldaten getroffen habe. In der Proklamation heißt es weiter:

„Der Präsident der Republik hat als Oberbefehlshaber der Armee an die Meuterer die Aufforderung gerichtet, Vernunft anzunehmen und zu kapitulieren. Die Regierung ermahnt das Volk, ruhig zu bleiben und sich den Anordnungen der Behörden zu fügen. Der Präsident ersucht alle friedlichen Elemente, ihm zur Seite zu stehen."

Premier Witos erklärte, daß in der Armee seit längerer Zeit eine verbrecherische Agitation vor sich gegangen sei, die durch Revolutionäre angestiftet wurde. Die Meuterei sei in Rembertow, 10 Meilen von Warschau, zum Ausbruch gekommen und die Truppen sollen durch falsche Gerüchte und Befehle irregeführt worden sein.

Ueber die dem Aufstand vorangegangenen Ereignisse sind folgende Meldungen eingegangen:

Pilsudski hat der polnischen Regierung seit dem Jahre 1923, in dem er durch den damaligen Premier Witos genötigt wurde, seinen Abschied aus dem Heere zu nehmen, stets opponiert. Die Rückkehr Witos' zur Regierung, als Nachfolger des Grafen Skrzynski, und die Bildung eines Kabinetts aus Mitgliedern der Rechten und der Zentrumspartei scheint Pilsudski für den geeigneten Augenblick gehalten zu haben, um einen militärischen Handstreich auszuführen. Pilsudski soll diesen Plan schon vor einigen Monaten gehegt haben, doch wußte Skrzynski den Marschall, der bei einem großen Teil der Armee in hohem Ansehen steht, zu besänftigen und er soll ihm versprochen haben, ihn wieder in den aktiven Heeresdienst zurückzuberufen. Skrzynskis Kabinett wurde aber gestürzt, bevor dieses Versprechen erfüllt werden konnte.

Als Witos sich am letzten Dienstag bereit erklärte, an die Spitze der Regierung zu treten, protestierten die Linksparteien und forderten seine sofortige Resignation. Auch Pilsudski schloß sich in einer von einem polnischen Blatt veröffentlichten Erklärung diesem Verlangen an. Infolge dieses Eingreifens Pilsudskis unternahm eine aus ungefähr 3000 Mitgliedern der Organisation „Wächter der Rechten" zusammengesetzte Menge Dienstag Abend einen Angriff auf die Residenz Pilsudskis und beschoß das Gebäude. Pilsudski rief telephonisch militärische Hilfe herbei und ein Regiment Dragoner rückte zu seinem Schutz aus. Nach blutigem Kampfe wurden die Insurgenten in die Flucht getrieben.

Mittwoch früh stellte sich die ganze Garnison von Rembertow in der Stärke von einem Armeekorps Pilsudski zur Verfügung und dieser trat an die Spitze der Truppen den Marsch nach Warschau an. Er besetzte die größte Vorstadt Warschaus, Praga, und die Regierungstruppen zogen sich über die Weichsel nach Warschau zurück.

Pilsudski soll in einem dem Präsidenten übermittelten Ultimatum die Resignation des Kabinetts Witos' und die Bildung einer Regierung aus den Linksparteien gefordert haben.

Die letzten Meldungen besagen: Bei den Kämpfen zwischen den Revolutionären und den Regierungstruppen wurden 500 getötet und etwa 1000 verwundet. Unter den Verlusten befinden sich viele Zivilisten.

Warschau ist in der Gewalt Pilsudskis. M. Radaj ist provisorischer Präsident. Ein Kabinett mit Professor Bartel als Premier ist gebildet worden, das die Regierungsgeschäfte führt, bis die Nationalversammlung zusammentritt und einen neuen Präsidenten wählt.

Dem bisherigen Präsidenten Wojchowski ist der Laufpaß gegeben worden. Einige Minister, die während des Umsturzes gefangen genommen wurden, sind noch in Haft. Nur der Eisenbahnminister wurde freigelassen.

Das Geschäftsleben ist wieder in normale Bahnen zurückgekehrt. Die Eisenbahnen verkehren regelmäßig.

Im provisorischen Kabinett hat Pilsudski (über dessen Jugendlieber auf Seite 2 unten Näheres zu lesen ist) das Kriegsministerium inne. In einer vom neuen Premier Bartel erlassenen Erklärung wird darauf hingewiesen, daß seine Regierung zur Klärung der Situation gebildet worden sei. Sie garantiere Sicherheit und Ruhe und werde zurücktreten, sobald die Nationalversammlung einen Präsidenten gewählt habe. General Sikorski, der das Armeekorps bei Lemberg befehligt, versicherte dem Marschall Pilsudski seine Treue. Der Eisenbahnstreik zum Protest gegen die nun abgesetzte Witosregierung ist eingestellt worden.

Der Franc im Rutschen

Paris, 15. Mai. — Der Franc sank heute auf 33.30 für den Dollar nach einem gestrigen neuen Tiefstand von 33.62.

Rücktritt der Regierung Luther

Zentrumsführer Marx als Kanzler in Aussicht genommen

Demokraten stürzten Reichskabinett. — Deutschnationale unterstützten es nicht.

Berlin, 17. Mai. — Das Ministerium des Reichskanzlers Dr. Luther ist zurückgetreten, nachdem es im Reichstag mit 176 gegen 146 Stimmen ein Mißtrauensvotum erhalten hatte.

Daß mit einer ernsten Regierungskrise zu rechnen war, geht aus den Mitteilungen unter „Deutschland" auf Seite 2 hervor.

Präsident von Hindenburg hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts angenommen, es aber ersucht, die Amtsgeschäfte bis zur Einsetzung einer neuen Regierung weiterzuführen.

Die Niederlage des Reichskanzlers im Reichstage kam für die meisten Parlamentarier überraschend, da kurz vor der Erteilung des Mißtrauensvotums ein ähnlicher Antrag der Sozialisten mit 176 gegen 144 Stimmen abgelehnt worden war. Der zweite Antrag, der das Schicksal der Regierung entschied, war von den Demokraten eingebracht worden. Dieser Antrag enthielt neben der Rüge für den Reichskanzler eine Billigung der Haltung des Reichspräsidenten in dieser Angelegenheit.

Die Annahme dieses Antrages wurde dadurch möglich, daß sich 104 Abgeordnete, darunter die Deutschnationalen, der Abstimmung enthielten, während die Sozialisten und Kommunisten den demokratischen Vorschlag unterstützten.

Die Demokraten sprachen sich in ihrem Antrag über den von Präsident von Hindenburg gemachten Kompromißvorschlag in der Flaggenfrage und über seinen an alle patriotischen Elemente gerichteten Appell zu einträglicher Zusammenarbeit anerkennend aus, behaupteten aber, daß der Reichskanzler für die Verwicklung der Flaggenstreitfrage die alleinige Verantwortung trüg und daß er unnötigerweise einen frischen Konflikt in der innerpolitischen Lage herbeigeführt habe.

Eine Erklärung dafür, daß die Nationalisten die Regierung bei der Abstimmung im Stich ließen, gibt die vor einigen Tagen auf dem deutschnationalen Landesparteitag in Potsdam angenommene Resolution, in der ausgeführt wurde, daß die Außenpolitik der Regierung in Widerspruch zu den von ihr mit der deutschnationalen Partei vereinbarten Grundlinien stehe. „Eine Unterstützung der jetzigen Regierung, die es ihr ermöglicht, außenpolitisch mit den Sozialisten und innerpolitisch in diesem oder jenem Fall mit den Deutschnationalen zu regieren, führe nicht zum Ziele. In der Außenpolitik halten wir an der Opposition fest, umsomehr, als die Wirtschaftsnot — wie der Dawes-Plan und die Handelsverträge erwiesen — ohne kraftvolle Außenpolitik gar nicht wirksam bekämpft werden kann. Die Gründe, aus denen wir noch vor kurzem die Politik von Locarno und Genf bekämpften und die Zurücknahme des Antrags auf Eintritt in den Völkerbund gefordert haben, sind inzwischen nicht beseitigt worden, sondern verschärft worden. Man mag an die Besatzungslast, an die Fortdauer der Militärkontrolle, an Chamberlains Ablehnung jeder Verkürzung der Besatzungsfrist oder an die fortgesetzten Bemühungen denken, Deutschlands

(Fortsetzung auf Seite 5.)